

Jeremy Rifkin

# Der Europäische Traum

## Die Vision einer leisen Supermacht

Aus dem Englischen von Hartmut Schickert

Campus Verlag Frankfurt/New York

### 11. Der Flirt mit der Zivilgesellschaft

Im Nationalstaat kreist die Politik um zwei Pole, den Markt und die Regierung. Im Unterschied dazu operiert die EU-Politik zwischen drei Knoten: Wirtschaft, Regierung und Zivilgesellschaft. Der Übergang von zwei zu drei Sektoren stellt einen radikalen Entwicklungssprung in der Evolution des politischen Lebens dar und trägt entscheidend dazu bei, wie wir die Zukunft organisieren. Die Politik der zwei Sektoren machte die Vision der Aufklärung möglich, die der drei den Europäischen Traum realisierbar.

#### Der vergessene Sektor

Der Zivilsektor ist der gesellschaftliche Bereich zwischen dem Markt und der Regierung. Er setzt sich aus all den Aktivitäten zusammen, die das kulturelle Leben der Individuen und ihrer Gemeinden ausmachen. Er umfasst auch religiöse Einrichtungen, die Künste, Bildung und Gesundheit, Sport, Freizeitvergnügen, Engagement für Soziales, die Umwelt und die Nachbarschaft sowie anderes, was dazu dient, Gemeinschaft zu stiften und den sozialen Zusammenhalt zu fördern. Die Zivilgesellschaft ist das Forum für die Reproduktion der Kultur in allen ihren Formen. Hier können Menschen sich frei entfalten, um soziales Kapital zu schaffen und Verhaltensnormen durchzusetzen. Die Kultur wird von intrinsischen Werten beherrscht, und die Zivilgesellschaft ist der älteste Sektor.

Trotz seiner Bedeutung für die Gesellschaft wurde dieser Sektor in der Moderne zunehmend von den Kräften des Marktes und des Nationalstaats marginalisiert. Vor allem die Wirtschaft sieht im Markt die Hauptinstitution zur Regelung menschlicher Angelegenheiten. Kapitalistische wie sozialistische Theoretiker argumentieren, dass menschliches Verhalten im Grunde materialistisch und utilitaristisch sei und dass moralische Werte und kulturelle Normen einer Kultur sich oft von ihrer wirtschaftlichen Ausrichtung ableiten - oder um es mit Madonna zu sagen: »We are living in a material world, and I am a material girl...«

Die Wurzeln der materialistischen Philosophie gehen auf die frühen Aufklärer zurück. Wie in Kapitel 4 ausgeführt, griffen sie die auf dem Glauben basierende Weltsicht der Kirche an. Einige von ihnen sahen sich zwar noch unter einer höheren göttlichen Autorität, doch größtenteils stellten sie die Vernunft über den Glauben und legten ebenso viel Hoffnung in den materiellen Fortschritt und die Vision eines irdischen Füllhorns wie aufs ewige Heil. Den Markt hielten sie für

den Urquell des menschlichen Geistes und die Kultur für seinen Nutznießer. Sie stellten die Arbeit über das Spiel und ersetzten intrinsische Werte durch utilitaristische.

Das Problem mit der materialistischen Ansicht, dass der Markt die entscheidende soziale Institution sei, ist, dass sie nicht mit der Geschichte der menschlichen Entwicklung übereinstimmt. Ich kenne kein einziges Beispiel, bei dem Menschen zunächst Märkte und Handel etabliert und dann später eine kulturelle Identität ausgebildet hätten. Auch gibt es keine Beispiele dafür, dass Menschen zuerst gemeinsam eine Regierung schufen und erst später eine Kultur. Als Erstes bilden Menschen eine gemeinsame Sprache aus. Dann erzählen sie sich Geschichten über sich. Sie ritualisieren ihre Ursprünge und malen sich ihre gemeinsame Bestimmung aus. Sie entwickeln Verhaltensmaßregeln und knüpfen Vertrauensbände - was wir heute Sozialkapital nennen - und entwickeln sozialen Zusammenhalt. Anders gesagt, in spielerischer Entfaltung etablieren sie ihre gemeinsame Identität. Erst wenn ihr Zusammenhalt und ihre Solidarität gut ausgebildet sind, schaffen sie Märkte, beginnen sie zu handeln und regulieren mittels Regierungen ihre Aktivitäten. Selbst als zu Beginn der Neuzeit die bürgerliche Klasse einen imaginären Nationalismus schuf, um zuvor disparate Gemeinschaften zur neuen politischen Konfiguration des Nationalstaats zusammenzuschweißen, musste sie weit in die Vergangenheit zurückgehen und aus den verschiedenen lokalen Kulturtraditionen die Bausteine für einen neuen Einheitsmythos zum nationalen Ursprung zusammensuchen.

Auch die Einführung neuer Technologien hängt zu großen Teilen vom kulturellen Bewusstsein ab. Beispielsweise benutzten seit 1831 die Europäer das Chloroform als Anästhetikum. Jahrhunderte zuvor hatten die Chinesen die Akupunktur erfunden und diese zur Betäubung benutzt. Warum entdeckten die Europäer nicht die Akupunktur und die Chinesen nicht das Chloroform? Weil die europäischen und chinesischen Vorstellung von Raum, Zeit und Realität so äußerst verschieden waren.

Die chinesische Kultur mit ihrem ganzheitlichen Denken, der Komplementarität der Gegensätze und der Harmonie mit der Natur ist dazu prädisponiert, etwas wie Akupunktur zu erfinden. Der eher reduktionistische, analytische und leidenschaftslose europäische Geist ist dazu prädisponiert, etwas wie Chloroform zu entdecken. Das soll nicht heißen, dass das kulturelle Bewusstsein starr bestimmte technologische Fortschritte determiniert, sondern nur, dass es den

Geist dazu bringt, die Welt auf bestimmte Weise zu sehen, und daher zu neuen Entdeckungen führt, die mit der mentalen Wahrnehmung des Seins konform gehen.

Das kulturelle Bewusstsein ist natürlich auch nicht statisch. Neue Entdeckungen und Erfindungen modifizieren ständig das räumliche und zeitliche Bewusstsein, und sie können zu kulturellen Paradigmenwechseln führen und auch zu fundamentalen Veränderungen in den wirtschaftlichen und politischen Arrangements. Ich würde aber meinen, dass im Verlauf der Geschichte die Wahrnehmung der Realität damit beginnt, dass Menschen eine Geschichte über sich selbst und die Welt erfinden und dass diese Geschichte den Grundakkord - die kulturelle DNS sozusagen - für alle evolutionären Weiterentwicklungen darstellt.

Entscheidend ist, dass die Kultur keine Ausweitung des Markts oder der Regierung ist und niemals war. Vielmehr sind Märkte und Regierungen Ableger der Kultur. Es sind sekundäre, nicht primäre Institutionen. Sie existieren Dank der Kulturen, die sie sich schaffen. Jean Monnet spürte das, als er Ende der sechziger Jahre sagte: »Wenn der Bau Europas noch einmal von vorn begonnen werden musste, wäre es besser, mit der Kultur anzufangen.«<sup>1</sup>

Nach einer langen Periode der Kolonisierung durch den Markt und den Nationalstaat drängt die Zivilgesellschaft - samt der sie prägenden kulturellen Kräfte - darauf, ihre zentrale Rolle im öffentlichen Leben wiederherzustellen. Und wie bei allen Befreiungsbewegungen ist eine Grundvoraussetzung für das Wiedererlangen einer Vormachtstellung, den Sprachgebrauch auszumerzen, der ihre Stellung definierte. Ihre Befürworter beklagen, dass die Zivilgesellschaft eben nicht »der dritte Sektor« sei, wie viele Akademiker behaupten, sondern der erste. Genauso macht die Kategorisierung von zivilgesellschaftlichen Gruppen als »Non-Profit-Organisationen« oder »Nichtregierungsorganisationen« sie unbedeutender oder bloß zu Schatten von wirtschaftlichen und Regierungsinstitutionen. Eine neue Aktivistengeneration bezeichnet ihre Institutionen lieber als Civil Society Organizations (CSOs). Und ihre Aktivitäten definieren sie als Dienstleistung und nicht als freiwillige Arbeit, um deren Bedeutung für das kulturelle Leben zu unterstreichen.

Die Reichweite der Zivilgesellschaft ist beeindruckend. Einer vom Johns Hopkins Comparative Non-Profit Sector Project in 22 Ländern durchgeführten Untersuchung zufolge ist die Zivilgesellschaft ein Sektor von 1,1 Billionen Dollar und beschäftigt über 19 Millionen bezahlte Vollzeitmitarbeiter. Die »Non-Profit«-Ausgaben in diesen Ländern belaufen sich auf durchschnittlich 4,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die Non-Profit-Beschäftigung entspricht 5 Prozent aller Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft, 10 Prozent aller Dienstleistungen und 27 Prozent aller öffentlichen Arbeitsplätze.<sup>2</sup>

In mehreren europäischen Nationen liegt das Beschäftigungsniveau des Non-Profit-Sektors inzwischen über dem der Vereinigten Staaten. In den Niederlan-

den arbeiten 12,6 Prozent aller Lohnabhängigen im Non-Profit-Sektor, in Irland 11,5 Prozent und in Belgien 10,5 Prozent; in Großbritannien sind es 6,2 Prozent aller Beschäftigten, in Frankreich und Deutschland 4,9 Prozent; in Italien gibt es momentan über 220 000 Non-Profit-Organisationen, und über 630 000 Menschen arbeiten Vollzeit im Non-Profit-Sektor.<sup>3</sup>

Die Beschäftigungszahlen im Non-Profit-Sektor haben in Europa in den neunziger Jahren stärker zugenommen als in jeder anderen Weltregion; in Frankreich, Deutschland, den Niederlanden und Großbritannien lag der Zuwachs bei 24 Prozent.<sup>4</sup> Das entsprach 40 Prozent des gesamten Beschäftigungszuwachses oder 3,8 Millionen Jobs.<sup>5</sup>

Interessant ist, dass in den zehn europäischen Ländern, für die Daten vorliegen, die Einnahmen für Dienstleistungen und Produkte in den Jahren 1990 bis 1995 ein Drittel bis die Hälfte allen Einkommens im Non-Profit-Sektor ausmachten. Weltweit - für 22 Länder liegen Daten vor - stammen 49 Prozent aller Non-Profit-Einnahmen aus Dienstleistungen und Produkten. In den USA beläuft sich dieser Anteil sogar auf 57 Prozent.<sup>6</sup> Der Anteil von Privatspenden und von Fördermitteln aus dem öffentlichen Sektor ist jedoch in vielen Ländern zurückgegangen -was den langgehegten Mythos Lügen straft, das Überleben des Non-Profit-Sektors sei so gut wie vollständig von Regierungsausgaben oder privaten Zuwendungen abhängig.

Dienst an der Gemeinschaft ist etwas ganz anderes als die Arbeit auf dem Markt. Man leistet seinen Beitrag, um das Sozialkapital der Gemeinschaft voranzubringen. Die Aktivitäten haben oft zwar auch wirtschaftliche Konsequenzen, diese sind aber gegenüber dem sozialen Austausch sekundär. Ziel sind das Gemeinwohl und der soziale Zusammenhalt, nicht die Akkumulation von Reichtum.

Laut Adam Smiths Definition von Marktkapitalismus kommt das Gemeinwohl dadurch voran, dass jeder seinen Eigeninteressen folgt. Die Zivilgesellschaft geht vom genauen Gegenteil aus: Indem jeder Einzelne für andere da ist und damit das höherwertige Gemeinwohl optimiert, wird auch sein eigenes Wohlergehen gefördert.

In der globalisierten Wirtschaft mit ihren entpersonalisierten Marktkräften ist die Zivilgesellschaft zu einem wichtigen sozialen Rückzugsgebiet geworden. Hier können Menschen Intimität und Vertrauen herstellen, gemeinsame Ziele und eine kollektive Identität entwickeln. Die Zivilgesellschaft ist das Gegengift zu einer Welt, die sich zunehmend rein kommerziell definiert.

In den letzten Jahren sind überall auf der Welt zivilgesellschaftliche Organisationen geradezu aus dem Boden geschossen. Größtenteils sind sie eine Reaktion auf die neue globalisierte Wirtschaft, deren Marktkräfte für lokale Gemeinschaften weit entrückt und weniger berechenbar sind, und in der Regierungen zu klein geworden sind, um grenzüberschreitende Probleme wie globale Erwärmung, illegale Immigration, Computerviren und Terrorismus anzugehen, gleichzei-

tig aber zu groß, um die Bedürfnisse lokaler Nachbarschaften und Gemeinden zu befriedigen. Zivilgesellschaftliche Organisationen ermächtigen Personen, diejenigen ihrer Interessen zu vertreten, deren sich Unternehmen und Regierungen eher nicht annehmen. Zivilgesellschaftliche Aktivisten argumentieren, dass das übersteigerte Vertrauen auf einen deregulierten, globalen Markt zu ungehemmter kapitalistischer Gier und Ausbeutung geführt hat, während gleichzeitig die traditionelle Rolle von Regierungen als Umverteiler von Reichtum und sozialer Dienstleistung reduziert wurde. Die Autoren der Johns-Hopkins-Untersuchung über die drastische Zunahme zivilgesellschaftlicher Institutionen kommen zu dem Schluss, dass deren Erfolg von ihrer Fähigkeit abhängt, das Vakuum zu füllen, das Markt und Regierung durch ihr Versagen erzeugt haben.

CSOs sind flexibler als Regierungen und bodenständiger als Unternehmen. Das Motto der Zivilgesellschaft lautet: »Global denken und lokal handeln.« CSOs organisieren sich oft über nationale Grenzen hinweg und vertreten zugleich die Interessen lokaler Gemeinschaften. Sie können transnational und global, zugleich aber auch kommunal und lokal sein, was sie zu den idealen sozialen Sachwaltern einer Fülle von Aufgaben macht, vor der die Bevölkerung einer dichteren und stärker verknüpften Welt steht.

### **Raum für einen neuen politischen Partner**

In jedem Land und auch auf globaler Ebene, etwa bei den Vereinten Nationen, der Weltbank, dem IWF und der Welthandelsorganisation, drängen CSOs auf mehr Mitsprache. Wo sie gewährt wurde, haben sie jedoch meist nur eine oberflächliche und beratende Funktion. Die EU ist die erste Regierungsorganisation, die formell CSOs als vollwertige Partner in öffentlichen Politiknetzwerken anerkannte. Der EU gilt die Zivilgesellschaft als »dritte Komponente« ihres Regierungssystems mit einer »Mittlerfunktion zwischen Staat, Markt und Bürgerschaft«.<sup>7</sup> Man begreift immer mehr, dass der Erfolg der EU als eine neue Art regulatorischer Staat größtenteils von der Effizienz abhängt, mit der Organisationen der Zivilgesellschaft reale Wählerschaften repräsentieren, deren Interessen von lokaler, regionaler, nationaler und sogar EU-weiter Bedeutung sind. CSOs bringen wirkliche »partizipatorische Demokratie« in den Regierungsprozess ein, was sie zu wichtigen Mitspielern bei diesem neuen politischen Experiment macht. Ohne deren aktive und umfassende Beteiligung, das weiß die EU, wird sie wahrscheinlich scheitern. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) stellte fest: »Eine der wichtigsten Herausforderungen für die Governance der Europäischen Union ist, die effiziente Mitwirkung der organisierten Zivilgesellschaft sicherzustellen.«<sup>8</sup>

Romano Prodi, Präsident der Europäischen Kommission, unterstrich die Bedeutung der neuen politischen Partnerschaft, in der »EU-Institutionen, nationale Regierungen, regionale und lokaler Autoritäten und

die Zivilgesellschaft... auf neue Weise [interagieren]: Sie beraten miteinander ein ganzes Spektrum von Themen, gestalten, implementieren und überwachen ihre Politik gemeinsam.«<sup>9</sup> Präsident Prodi nennt das das »Netzwerk Europa«.<sup>10</sup>

Obwohl CSOs in der offiziellen Politik formell noch immer wenig vertreten sind, ist es von großer historischer Bedeutung, dass die EU die Partnerschaft dreier Sektoren anerkennt. Der Nationalstaat war, wie gesagt, von Anfang an ein Handlanger der Wirtschaftsinteressen. Seine Aufgabe war, das Privateigentum zu schützen und Bedingungen zu schaffen, die die geografische Ausweitung von Marktkräften begünstigten. Die Politik der zwei Sektoren Wirtschaft und Regierung drückte der gesamten Moderne ihren Stempel auf.

Da die Wirtschaftskräfte jetzt die nationalen Grenzen gesprengt haben und global agieren, hängt der Schutz ihrer Eigentumsinteressen viel weniger von Nationalstaaten ab. Vielmehr können globale Unternehmen jetzt Staaten gegeneinander ausspielen - indem sie drohen, woanders hinzugehen, wenn sie ihre Interessen nicht gewahrt sehen -, sie zu Geiseln machen und sie zunehmend ihrem kommerziellen Nutzen dienstbar machen. Und wenn Staaten sich nicht an den globalen Wirtschaftsinteressen ausrichten, dann können Regulierungsbehörden wie der IWF, die Weltbank und die WTO mittels Sanktionen ihr Wohlverhalten erzwingen.

Die Entkoppelung von Wirtschaft und Staat hat Letzteren Macht gekostet. Dass die EU die Zivilgesellschaft umgarnt, ist ein Versuch, sich in der Ära der Weltwirtschaft politischen Einfluss zu sichern. Indem die Nationalstaaten von der ihnen verbliebenen Souveränität einiges aufgeben und ihre Interessen zusammen mit denen zivilgesellschaftlicher Organisationen in einen Pool einbringen, sichern sie sich kollektiv ein größeres geografisches Spielfeld und damit eine bessere Ausgangsposition für Verhandlungen mit globalen Wirtschaftsinstitutionen, deren Einfluss über die Nationalstaaten hinaus den ganzen Globus umspannt.

### **Die gemeinsame Basis der universellen Menschenrechte und lokaler kultureller Identitäten**

Der bemerkenswerteste politische Wandel der letzten drei Dekaden war die wachsende Teilnahme des zivilgesellschaftlichen Sektors am politischen Prozess. In der Zivilgesellschaft gibt es drei Hauptströmungen: erstens all die Organisationen und Aktivitäten im Zusammenhang mit Religion, Bildung, Kunst, sozialen Dienstleistungen, Nachbarschaftshilfe und Freizeit, Sport und Spiel; größtenteils sind diese Aktivitäten auf das eigene Land beschränkt und nicht sonderlich politisch. Zweitens gibt es die Bürgerrechtsorganisationen, die schon eher politische Ziele verfolgen und deren Aktivität häufig über Nationalgrenzen hinaus auf universelle Belange gerichtet ist. Drittes sind da die vielen Organisationen, die sich der Interessen lokaler Kulturen und ethnischer Subgruppen annehmen; sie

wollen deren Traditionen, Rituale und Werte beibehalten und vertreten sowohl im eigenen Land wie auch international deren Gruppeninteressen.

Bewegungen für Bürgerrechte, Umwelt, die Rechte der Frau, die Menschenrechte, die Armen, den Frieden, die Behinderten, die Homosexuellen, die Tierrechte, die Verbraucherrechte und die Anti-Eugenik-Bewegung haben die politische Landschaft völlig umgestaltet. Sie haben eine universelle Vision. Ihre Ziele sind global. Sie streben einen menschlichen Bewusstseinswandel an: eine neue Sensibilität für die Rechte aller Wesen und die Unteilbarkeit des Lebens auf der Erde. Die EU ist zu dem Forum geworden, auf dem diese Bewegungen sich inner- wie außerhalb des politischen Rahmens Gehör verschaffen.

Die neuen, politisch aktiven transnationalen CSOs waren nicht die Ersten, die auf internationalem Parkett die Domäne der Nationalstaaten durchbrachen. Eine frühere Form von technisch und professionell orientierten internationalen Nichtregierungsorganisationen bereitete ihnen den Weg. Das International Bureau of Weights and Standards, die International Union for the Protection of Literary and Artistic Works, das International Bureau of Commercial Statistics, das International Labor Office, das International Institute of Agriculture und die International Association of Seismology gehören zu den Tausenden von internationalen Nichtregierungsorganisationen (INGOs), die zwischen 1900 und 1970 entstanden.<sup>11</sup>

Wie ihre Bürgerrechts-Nachfolger, die mit der Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre aufkamen, basierten die älteren INGOs auf individueller Beteiligung, freiwilligem Zusammenschluss und demokratischen Praktiken. Ihr Ziel war, auf ihrem jeweiligen Betätigungsfeld universelle Standards durchzusetzen. Sie versuchten, politisches und wirtschaftliches Verhalten dahingehend zu beeinflussen, dass in beiden Sektoren ihre Standards übernommen wurden. Sie stellten eine dritte Kraft dar, deren Einfluss sich größtenteils auf professionelles oder technisches Fachwissen und rationale Verhaltensnormen gründete.

Die neuen bürgerrechtlichen transnationalen Bewegungen wollen ebenfalls universelle Verhaltensnormen durchsetzen, aber nicht in technischer oder professioneller Hinsicht, sondern in allgemein menschlicher. Ihre Legitimität gründet sich nicht auf Fachwissen, sondern auf eine tief empfundene Mitmenschlichkeit. Sie appellieren an Empathie, nicht an rationales Kalkül. Sie setzen auf intrinsische, nicht utilitaristische Werte. Ihre Ziele sind eher idealistisch, weniger materialistisch. Sie streben nicht bloß nach Wirtschaftswachstum, sondern nach mehr Lebensqualität. Für sie ist nicht nur das materielle Wohlergehen, sondern auch die Persönlichkeitsentwicklung ein Maß für Fortschritt.

Die bürgerrechtlich orientierten CSOs richten ihre Aufmerksamkeit oft über nationale Grenzen hinaus, die ethnisch orientierten im Allgemeinen auf bestimmte Regionen. Manchmal sind die Interessen ethnischer CSOs denen der EU komplementär, manchmal entge-

gengesetzt. Das Motto der EU ist »Einheit in Vielfalt«, die oft insularen Subkulturen Europas sind hingegen vielfach xenophob und fürchten die Auswirkungen der Europäisierung und Globalisierung. Während die bürgerrechtlich orientierten CSOs eher kosmopolitisch sind, verhalten sich lokale Subkulturen oft defensiv bis reaktionär und errichten eher Mauern, als welche niederzureißen.

Das Problem bei vielen Subkulturen Europas ist, dass ihre Geschichte aufs Engste mit dem Territorium verbunden ist. In einer globalisierten Welt der verschwindenden Grenzen und zunehmenden Mobilität fühlen sich die territorialen Subkulturen oft bedroht. Ihre Ängste richten sich vielfach gegen Emigranten und Asylsuchende, die sie als Gefahr für ihre eigene kulturelle Identität betrachten. Das Gefühl, »unterwandert« zu werden, mündet oft in Ausländerhass und ultrarechten politischen Bewegungen.

Andere Subkulturen jedoch, vor allem Minderheiten im Rahmen einer umfassenderen Kultur, die die nationale Identität stiften, haben Gründe, mit der EU gemeinsame Sache zu machen. Die Schotten und Katalanen beispielsweise sehen in der EU eine Art Retter. Teil einer großen, transnationalen politischen Körperschaft zu sein verschafft ihnen innerhalb ihrer eigenen Nationen mehr Spielräume. Heute können an bestimmte Regionen gebundene Kulturen oft die nationalstaatlichen Zwänge überwinden und auf EU-Ebene politische, wirtschaftliche und soziale Beziehungen knüpfen, was ihnen mehr Unabhängigkeit vom Nationalstaat gibt.

Die Architekten der EU betrachteten kulturelle Gruppierungen als potenzielle Alliierte und eröffneten ihnen direkte politische Kanäle, um den Einfluss der nationalstaatlichen Gegenspieler zurückzudrängen. Antonio Ruberti, der frühere EU-Kommissar für Wissenschaft, Forschung, technische Entwicklung und Bildung, brachte die zwiespältigen Gefühle hinsichtlich des Status lokaler Kulturen auf den Punkt: »Die europäische Diversität ist zwar in mancherlei Hinsicht ein Handicap, größtenteils aber stellt sie eine >Trumpfkarte< dar.«<sup>12</sup>

Die bürgerrechtlichen und die ethnischen Gruppen überlappen sich oft und haben gemeinsame Ziele. Beispielsweise unterstützen Menschenrechtsorganisationen den Kampf der Tibeter um ihre Identität und Autonomie gegenüber der politischen Unterdrückung durch die Chinesen. Genauso oft arbeiten Bürgerrechts- und ethnische Gruppen aber gegeneinander, weil Erstere letztlich die globalen Interessen freier Individuen vertreten, Letztere aber die eher traditionellen Interessen von Gemeinschaften. Beispielsweise praktizieren einige Kulturgruppen in Afrika noch immer die weibliche Genitalverstümmelung als Initiationsritus, Frauengruppen der Ersten und Dritten Welt aber wollen diese Praxis beenden, weil sie das Grundrecht der Frauen auf Selbstbestimmung über ihren Körper verletzt und ihrer Ansicht nach ein Mittel der Unterdrückung von Frauen durch Männer ist.

Der Europäische Traum ist so interessant und problematisch zugleich, weil er sowohl die allgemeinen Menschenrechte als auch die kleinräumigeren kulturellen Rechte unter demselben politischen Dach zusammenbringen will. Das ist etwas ganz anderes als die Agenda des Nationalstaats, dessen Ziele auf den Schutz des Privateigentums und der bürgerlichen Freiheit sowie auf die Assimilierung oder Integration kultureller Subgruppen im Rahmen der nationalen Identität begrenzt waren. Sich des Multikulturalismus und der Menschenrechte zugleich anzunehmen ist nicht einfach. Kulturelle Gemeinschaften wurzeln in der Familie, der Sippe oder der gemeinsamen Religion und sind im Allgemeinen lokal verankert. Menschenrechtsbewegungen agieren hingegen universell. Sie betonen das Individuum, nicht die Gruppe. Ihr Aktionsraum ist die Biosphäre, nicht ein bestimmtes Territorium.

Europa muss sich fragen, ob seine Bürger ihr Sinnen und Trachten vom Partikularen auf das Universelle und vom Lokalen auf das Globale richten können. Ist Koexistenz und sogar Wohlstand angesichts so vieler unterschiedlicher Loyalitäten möglich? Kann man Katalane sein und gleichzeitig Spanier, Europäer und Weltbürger? Je mehr sich lokale Kulturen von den nationalen, transnationalen und globalen Kräften bedroht fühlen, desto eher werden sie ihre Kulturen als zu verteidigenden »Besitzstand« betrachten und in die alte »mein oder dein«-Mentalität zurückfallen. Je mehr sie andererseits die Europäisierung und Globalisierung als Möglichkeit begreifen, sich vom alten Joch des Nationalstaats zu befreien und unabhängiger zu werden, desto eher werden sie ihre Kultur als »Geschenk« sehen, das man mit anderen teilt, sodass sie mit anderen eher kooperative statt konfrontative Beziehungen eingehen werden. Zum Bild des »Netzwerks Europa« passt das zweite Szenario natürlich besser.

Welcher Kurs wird eingeschlagen? Im Moment sind noch beide Kulturstränge, der xenophobe und der pluralistische, mit im Spiel. Die Zukunft hängt wesentlich davon ab, ob ethnische und Bürgerrechtsinteressen eine gemeinsame Basis miteinander und mit der EU finden, die sich von der Lokalität bis zur Transnationalität erstreckt. Wenn die EU das Zusammenführen dieser unterschiedlichen Interessen in europaweiten Netzwerken erleichtern kann, ist der Weg zu einer neuen Art von Politik, die den Herausforderungen der Globalisierung besser angepasst ist, bereitet. Der Erfolg des Europäischen Traums hängt in erheblichem Maß davon ab, dass kulturelle Identität, allgemeine Menschenrechte und das europäische Regierungssystem sich nahtlos miteinander vernetzen lassen.

Die neue Partnerschaft zwischen der EU und zivilgesellschaftlichen Organisationen wird schwer zu managen sein. Wir müssen bedenken, dass CSOs oft mit der Regierung hinsichtlich der offiziellen Politik über Kreuz liegen. Regierungen wiederum sehen CSOs als Bedrohung ihrer Autorität und versuchen, deren Glaubwürdigkeit und Legitimität zu untergraben.

Es überrascht daher nicht, dass die EU den dritten Sektor nicht immer mit offenen Armen empfangen hat. Erst der unablässige öffentliche Druck und die Mobilisierung öffentlicher Unterstützung für ihre Ziele hat den CSOs Anerkennung und einen Platz in der offiziellen politischen Debatte eingebracht.

Der frühere UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali charakterisiert zivilgesellschaftliche Organisationen und Bewegungen als »eine Grundform von Volksvertretung in der heutigen Welt«. Er sagt: »Ihre Partizipation an internationalen Beziehungen ist in gewisser Weise ein Garant der politischen Legitimität dieser internationalen Organisationen.«<sup>13</sup>

Boutros-Ghalis Ansicht findet viel Zustimmung, ist aber mancherorts auch umstritten. Die UN-Generalversammlung lässt bei internationalen Tagungen mehr Einflussmöglichkeiten seitens CSOs zu; der UN-Sicherheitsrat blockt eine Beteiligung der Zivilgesellschaft genauso ab wie die WTO. Globale Organisationen wie die Weltbank und der IWF geben zwar Lippenbekenntnisse zugunsten der CSOs ab, grenzen ihre Beteiligung aber auf die reiner Ratgeber, oft mehrere Schritte vom Entscheidungsprozess entfernt, ein. Die Regierungen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene betrachten die formelle Zulassung von CSO-Beteiligung ebenfalls ambivalent. Die meisten würden den CSOs lieber die Funktion der Überwachung und des Feedbacks sowie der Mobilisierung von Unterstützung für Regierungsinitiativen zuweisen, wobei die formelle Partnerschaft auf ein Dienstleistungsverhältnis beschränkt wäre. Die CSOs selbst wollen verständlicherweise unmittelbar an Entscheidungen als Gleichberechtigte mitwirken. Die Spannungen zwischen den beiden Sektoren entladen sich oft auf der Straße. Protestaktionen bei politischen Konferenzen und Treffen auf globaler, europäischer, nationaler und regionaler Ebene haben in den letzten Jahren drastisch zugenommen. Die Ambivalenz bei den Regierenden und Frustration und Wut bei den Aktivisten haben viel damit zu tun, dass ihre politischen Programme nicht zusammenpassen. Transnationale zivilgesellschaftliche Bewegungen kämpfen für die Anerkennung der universellen Rechte von Individuen - und auch der Natur - in Form internationaler Gesetze und wollen die Regierungen auf die Einhaltung dieser Gesetze verpflichten. Letztlich ist es ihr Ziel, eine neue, planetarische politische Ebene zu schaffen, auf der Individuen und die Natur direkt in globale Abkommen und Konventionen eingebunden sind. Am anderen Ende nagen subkulturell orientierte zivilgesellschaftliche Organisationen an der nationalen Souveränität. Ständig suchen sie nach neuen Möglichkeiten für größere regionale und lokale Autonomie und nach Mitbestimmungsrechten bei Entscheidungen, die ihre Gemeinschaften betreffen. Die Nationalstaaten merken, dass beide Arten von CSOs ihre Souveränität und Hegemonie bedrohen, und versuchen, sie entweder zu absorbieren oder zu ignorieren.

Die Europäische Union hingegen beweist mehr Offenheit, wenn es darum geht, die Zivilgesellschaft in

die politische Sphäre zu integrieren, auch wenn es in Brüssel Widerstandsnester gegen die Vorstellung gibt, den CSOs mehr Beteiligung einzuräumen. Der Grund für die größere Bereitschaft der EU ist, dass zivilgesellschaftliche Organisationen ihr an der Basis zu jener Glaubwürdigkeit verhelfen, die Brüssel dringend braucht, um seine Legitimität in dieser zwischen lokalen, nationalen, regionalen und globalen Kräften zerrissenen Welt aufrechtzuerhalten.

Edelman PR, eine weltweit führende Public-Relations-Firma, stellte kürzlich bei einer Umfrage fest, dass vor allem in Europa CSOs bei öffentlichen Meinungsmachern mehr Ansehen und Vertrauen genießen als der wirtschaftliche oder der staatliche Sektor. 41 Prozent der europäischen Meinungsführer werteten CSOs als positiv, aber nur 28 Prozent die Wirtschaft und bloße 17 Prozent die Regierung.<sup>14</sup> In den USA hingegen standen 40 Prozent der Wirtschaft positiv gegenüber, 46 Prozent den politischen Institutionen und nur 34 Prozent den CSOs.<sup>15</sup>

Auch beim Vertrauen liegen CSOs bei den europäischen Meinungsführern vor Wirtschaft und Staat. Die Zahlen sind beeindruckend: 51 Prozent vertrauen CSOs, nur 41 Prozent der Wirtschaft und magere 26 Prozent der Regierung. In den USA vertrauen wiederum die Meinungsführer mehr der Regierung und der Wirtschaft als den CSOs, aber die Unterschiede zwischen den drei Sektoren sind nur gering.<sup>16</sup> Andere Umfragen erbrachten ähnliche Befunde.

Es ist also nicht schwer, zu verstehen, warum die EU zumindest versuchsweise die Vorstellung begrüßt, CSOs an europäischen Politiknetzwerken zu beteiligen. CSOs erfreuen sich großer öffentlicher Unterstützung und bringen in den politischen Prozess ein neues Moment von partizipatorischer Demokratie ein. Der EU wird oft vorgeworfen, sie baue ihre »demokratischen Defizite« nicht genügend ab. Da die europäische Öffentlichkeit Umfragen zufolge die EU nur lauwarm unterstützt, können die Bürokraten in Brüssel nur gewinnen und haben wenig zu verlieren, wenn sie CSOs als Partner in europaweite Politiknetzwerke aufnehmen. Genauso wichtig sind CSOs als sozialer Motor der kulturellen Vielfalt in der EU und zur Mobilisierung öffentlicher Unterstützung. Sie sind sowohl in ihre territorialen Gemeinschaften eingebettet als auch mit ihren Aktivitäten über regionale und auch EU-Grenzen hinaus miteinander verbunden. Sie arbeiten lokal, transnational und global und sind damit ein entscheidender Partner einer regulativen EU, die sowohl die kulturelle Vielfalt als auch die Menschenrechte voranbringen will.

Zugleich wird klar, dass in einer zunehmend von globalen Unternehmensinteressen dominierten Welt Regierungen auf jeder Ebene -städtischer, regionaler, nationaler und transnationaler - tiefgreifend mit zivilgesellschaftlichen Organisationen verbundene Politiknetzwerke etablieren müssen, wenn sie genügend politische Macht aufbieten wollen, um ein wirkungsvolles Gegengewicht zur Wirtschaftssphäre darzustellen.

- 1 Nectoux, Francois. »European Identity and the Politics of Culture in Europe«. In: Axford, Barrie, Daniela Berghahn und Nick Hewlett. *Unity and Diversity in the New Europe*. Oxford: Peter Land, 2000. S. 149.
- 2 Salamon, Lester M., Helmut Anheier, Regina List, Stefan Toepler und Wojciech S. Sokolowski. »Global Civil Society: Dimensions of the Nonprofit Sector«. Vergleichendes Non-Profit-Sektor-Projekt. The John Hopkins Center for Civil Society Studies. 1999. <http://www.jhu.edu/~ccss/pubs/books/gcs>.
- 3 Ibid.
- 4 Ibid. Karte: »Changes in Nonprofit Sector FTE Employment, by Country, 1990-1995«.
- 5 Ibid. S.29-30.
- 6 »Civil Society sector FTE revenue, by field, 32 countries«. The Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project. 15. April 2003. <http://www.jhu.edu/~cnp/pdf/comptable4.pdf>.
- 7 Rumford, Chris. *The European Union: A Political Sociology*. Oxford: Black-well Publishing, 2002. S. 90.
- 8 Economic and Social Committee (ESC)/Europäischer Wirtschafts- und Sozial-ausschuss (EWSA). *Opinions of the Economic and Social Committee on Organized Civil Society and European Governance*. Beitrag des EWSA zum Weißbuch. Brüssel: Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss, 2001.
- 9 Prodi, Romano. »Towards a European civil society«. Rede bei der Zweiten Europäischen Sozialen Woche. Bad Honnef. 6. April 2000.
- 10 Ibid.
- 11 Murphy, C. *International Organisation and Industrial Change: Global Governance since 1850*. Cambridge: Polity Press, 1994. S.47-48.
- 12 Ruberti, Antonio. »Science in European Culture«. In: Durant, John, und John Gregory (Hgg.). *Science and Culture in Europe*. London: Science Museum, 1993.S.15.
- 13 Krut, R. »Globalization and civil society: NGO influence in international decision-making«. Papier, vorgelegt bei der Konferenz Globalization and Citizen-ship des Nations Research Institute for Social Development. Genf. 9.-11. Dezember 1996. S. 19.
- 14 Edelman, Richard. »Non-Governmental Organizations, the Fifth Estate in Global Governance«. Edelman Public Relations Worldwide. 2. Februar 2002.
- 15 Ibid.
- 16 Ibid.